



Berlin, 20.09.2023

Pressemitteilung

Kinderrechte ins Grundgesetz - für eine zukunftsgerichtete Politik!

Bündnis Kinder- und Jugendgesundheit zum Weltkindertag am 20.09.2023

Der von den Vereinten Nationen im Jahr 1954 initiierte Weltkindertag wird in Deutschland dieses Jahr unter dem Motto „Jedes Kind braucht eine Zukunft“ begangen. Das Deutsche Kinderhilfswerk und UNICEF Deutschland als verantwortliche Organisatoren gehen dabei besonders auf die Bedeutung der Kinderrechte ein.

Das Bündnis erachtet die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz als essenziell. In der letzten Legislaturperiode scheiterte der Versuch, im Einklang mit anderen Akteuren die Parlamentarier durch direkte Gespräche und eine Petition davon zu überzeugen.

Im aktuellen Parlament sind trotz eines Bekenntnisses im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien ebenfalls keine aktiven diesbezüglichen Bestrebungen erkennbar. Dies, obwohl der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes wiederholt die Bundesregierung dafür kritisiert hat, dass die Kinderrechte immer noch nicht in das Grundgesetz aufgenommen worden sind und beispielsweise bei der Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland zu wenig Berücksichtigung finden. Eine Verankerung im Grundgesetz ist notwendig, damit die Kinderrechte in allen Politikfeldern vorausschauend berücksichtigt werden.

Während der Corona-Pandemie hat sich in Deutschland und weltweit gezeigt, wie unbefriedigend die Achtung der UN-Kinderrechte gewesen ist. Mehr als eine Milliarde Kinder konnten auf dem Höhepunkt der Schulschließungen ihre Bildungseinrichtungen nicht mehr besuchen. Im europäischen Vergleich gehörte Deutschland zu den Ländern mit eher längeren Schließungsphasen. Dies geschah entgegen der Empfehlung aller kinder- und jugendmedizinischen Verbände, welche alle im Bündnis vertreten sind. Die UNESCO hat in den Jahren 2020 bis 2022 wiederholt auf die verheerenden akuten und langfristigen Folgen der Schulschließungen hingewiesen und dabei auch das Vorgehen in Europa inklusive Deutschlands kritisiert.



Mangelnde Bildung im Kindes- und Jugendalter verstärkt perspektivisch das Risiko, im Erwerbsleben benachteiligt zu sein und in Armut zu leben. Kinder und Jugendliche, die in sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien oder mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung aufwachsen, sind erheblich armutsgefährdet bzw. werden weiterhin in Armut aufwachsen. Die mangelnde Armutsbekämpfung durch Politik und Staat verschärft die Problematik weiter.

Zudem hat es während der Pandemie erhebliche Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung gegeben, was sich u.a. bei Kindern und Jugendlichen direkt und indirekt auf ihr Wohlbefinden ausgewirkt hat. Die somatischen und psychosozialen Folgen, z.B. erhöhte Infektanfälligkeit der Säuglinge und Kleinkinder, häufiger Entwicklungsauffälligkeiten und Übergewicht bei den Einschulungskindern, psychische Auffälligkeiten bis hin zu psychiatrischen Erkrankungen wie Anorexie, Depressionen und Suizidalität, vor denen die Fachwelt schon vor drei Jahren gewarnt hatte, werden jetzt nach und nach immer stärker sichtbar.

Politik und Gesellschaft stehen ebenso in der Pflicht, auf die zeitgerechte Umsetzung der Pariser Klimaziele hinzuwirken. Unter den Folgen der Klimakrise werden schon allein aus demographischen Gründen die heutigen und zukünftigen Kinder und Jugendlichen am stärksten leiden. Im Sinne der Generationengerechtigkeit darf nicht weitere Zeit vertan werden.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben erneut gezeigt, wie wichtig es für das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ist, dass nicht nur die bio-medizinischen, sondern auch psycho-sozialen Determinanten von Gesundheit und Krankheit bei allen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen berücksichtigt werden. Daher ist es nicht ausreichend, jetzt Maßnahmen zur verbesserten medizinischen Versorgung, für kompensatorische Bildungsprogramme und für die Bekämpfung der Kinderarmut in den Blick zu nehmen. Vielmehr müssen endlich die Kinderrechte in das Grundgesetz aufgenommen werden und damit für alle Politikfelder verbindlich sein.

Kommission Globale Kindergesundheit, Klimawandel und Umwelt: Frau Dr. med. S. Boßerhoff (DGSPJ – Klima), Frau Dr. med. G. Ellsäßer (BVKJ), Frau Dr. H. Högl (knw), Frau Dr. med. Ch.-M. Kitz (BVKJ), PD Dr. med. habil. R. Kobbe (DGKJ), PD Dr. med. habil. C. Krüger (DGKJ, Sprecher; federführend), PD Dr. med. habil. T. Langer (DGSPJ), Frau Dr. med. J. Lindert (DGKCH), Frau Dr. med. S. Lorenz (DGKJ – Klima), Dr. med. W. Schimana (DGSPJ), Dr. med. I. Schmidt (BVKJ – Klima), Univ.-Prof. Dr. med. R. Weigel (DGKJ)

Pressekontakt:

Juliane Maneke, Geschäftsführerin

Bündnis Kinder- und Jugendgesundheit e.V.
(Bündnis KJG)

Chausseestraße 128/129, 10115 Berlin

Tel.: 030.4000 588-0

kontakt@buendnis-kjg.de, www.buendnis-kjg.de